

Offener Brief

Bekannt ist, dass die Ukraine ein sehr korrupter Staat ist. Weniger bekannt ist, dass ca. 50 % aller „Waffenhilfslieferungen“ der NATO-Staaten an die Ukraine durch die korrupte Ukraine nach Südamerika, Afrika und arabischen Raum verkauft werden und das US-ukrainische Regime eine Liste mit über 1.000 Seiten der angebotenen Waffen veröffentlicht hat und diese NATO-Waffen an Terroristen und andere gewaltbereite Gruppen verkauft werden.

Dass Amerika das LNG-Gas an die Europäer um 4-7 x (also 400 – 700 % höhere Preise) höher an uns verkauft, ist eine andere Wahrheit, die gerne totgeschwiegen wird.

Das Merkel und viele andere US-Vasallen das Minsker Abkommen nie umsetzen wollten, um den Ukrainern und England und Amerika mehr Zeit für die ukrainische Aufrüstung und Ausbildung der Soldaten zukommen zu lassen und damit von Merkel & Co alles unternommen wurde, um der NATO zu „erlauben“ die Ukraine zu bewaffnen und den Donbass zu beschießen, zeigt auf, von wem wir „geführt“ wurden und geführt werden. Von europäischen Politikern und Medien wurde also wissentlich unterstützt, dass die USA einen Wirtschaftskrieg gegen Europa und Russland führen können, der Europa enorm viel Gefahren und Kosten aufbürdet.

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=92342>

11. Januar 2023 um 10:13 Ein Artikel von [Matt Kennard](#)

Investigativjournalist **Matt Kennard** über seine Arbeit für die *Financial Times*, die *Mainstreammedien* und „Zensur durch Ausblendung“. Er schrieb für [den Guardian](#), die [New York Times](#) und war Direktor des [britischen Zentrums für Investigativjournalismus](#), bevor er [DeclassifiedUK.org](#) gründete. „Man kann über Skandale berichten, Dinge wie Watergate. Man kann sich großer Stories annehmen, aber nicht dem System. Man offenbart nicht, wie das System funktioniert. Man befasst sich mit der Oberfläche und WikiLeaks hat das Gegenteil getan“, erklärte der Brite bei der Julian Assange und WikiLeaks gewidmeten Veranstaltung „[NoisyLeaks](#)“ in Berlin. **Dominik Wetzel** hat Kennards Vortrag und die Fragen des Publikums für die NachDenkSeiten transkribiert.

„Als ich für die *Financial Times* gearbeitet habe, habe ich Artikel abgeschickt, bei denen ich wusste, dass ich nicht die echte Story reinschreiben kann. Zum Teil, weil deine Leser die *Herren des Universums* sind. Präsident Obama liest die *Financial Times*. Es war klar, dass sie nicht den menschlichen Aspekt der Geschichte wollten. Es ging lediglich darum, was für Investoren von Interesse ist. Als ich die FT verlassen habe, bin ich all die Reportagen durchgegangen, die ich gemacht hatte – Haiti,

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Bolivien, Ägypten, Tunesien, Türkei – und habe das, was mir von den *Herren des Universums* gesagt wurde, demgegenüber gesetzt, was – wie WikiLeaks enthüllt hatte – wirklich los war. In Haiti zum Beispiel führte mich die Weltbank in einen Sweatshop im Norden des Landes und ich habe eine flüchtige Tour durch diesen ‚wundervollen neuen Sweatshop‘ bekommen, der von USAID und anderen westlichen Organisationen gebaut wurde. Ich bin nicht stolz auf den Text, den ich für die FT geschrieben habe, aber als ich dann in den Cables nachgeschaut habe, habe ich zu diesem Sweatshop recherchiert, und es stellte sich heraus, dass die US-Beamten darüber diskutierten, viele Menschen zu vertreiben, um Platz für diesen Sweatshop zu schaffen. Offensichtlich hatte man mir diesen Teil der Geschichte nicht gezeigt. Diese Gegenüberstellung wäre mir ohne WikiLeaks niemals bewusst gewesen.

Die **Mechanismen des Wirtschaftsimperialismus der USA** sind sehr tief verwurzelt in den internationalen Beziehungen, doch die Menschen sehen es nicht. Man kann es nicht einmal sagen. Für mich ist der **US-Imperialismus die vorrangige Dynamik**, die die internationalen Beziehungen antreibt, doch in der Mainstreampresse kann man den Begriff ‚US-Imperialismus‘ nicht einmal verwenden. Ich konnte ihn in der Financial Times nicht finden. **Es ist eine bizarre Lage der Dinge, wenn man den Begriff nicht verwenden kann, der am besten beschreibt**, wie die Welt funktioniert. Um diese Behörden wie **USAID, die Weltbank** oder den **Internationalen Währungsfonds** gibt es so viel Propaganda. Das ist es, was mein Buch vermitteln will. Diese Behörden präsentieren sich alle so, dass sie Entwicklungshilfe betreiben und diese wundervollen Dinge für die Armen der Welt tun.

Tatsächlich sind die Bretton-Woods-Institutionen, **Weltbank und IWF, Arme der US-Regierung**. Sie **erzwingen eine sehr strikte Form des Neoliberalismus** und des **Wirtschaftsimperialismus**, um die Welt sicher zu machen für Kapital und Konzerne. Es herrscht viel Verwirrung unter den Menschen darüber, was diese Organisationen tun. Man bekommt nicht viele Informationen, **denn Journalisten machen ihren Job nicht richtig, diese Institutionen kritisch zu analysieren. Im Grunde geben sie einfach Staatspropaganda wieder.**

Natürlich leben wir nicht in einer Diktatur und auch nicht in einem autoritären Staat. Niemand wird dafür ins Gefängnis gesteckt, **ein Buch zu schreiben**, außer Julian Assange. Doch das System funktioniert, indem es die Leute marginalisiert. Sie lassen so etwas nicht auch nur in die Nähe des Mainstreams. **„The Racket“** zum Beispiel, das Buch, das ich über den Wirtschaftsimperialismus der USA geschrieben habe, wurde in nur einem einzigen US-Magazin besprochen. In England wurde es nur im Guardian rezensiert, **schlecht**. Das ist eine sehr effektive Art, die Ideologie und die

Propaganda robust zu halten. **Man marginalisiert jede Art von Widerspruch und Analyse.**

In England läuft das so ab: Wir haben 2019 mit Declassified UK angefangen. Das war eine ziemliche Überraschung, denn ich habe immer versucht, mich auf die USA zu fokussieren. Sie sind der mächtigste Staat der Welt, zu einem ziemlichen Grad, und offensichtlich ist es wichtig, was sie in der Welt machen. Ich dachte immer, England spielt nur eine kleine Rolle und dass das britische Imperium zusammengebrochen ist. Wenn man sich jedoch anschaut, was England in der Welt macht, erkennt man, dass eine Menge der Institutionen, die das britische Imperium verwaltet haben, noch heute existieren und einen ziemlichen Fußabdruck haben.

Vor kurzem berichtete ich über **Bolivien**, dort kam es **2019 zum Putsch**. Evo Morales wurde 2006 der erste indigene Präsident und transformierte Bolivien, das erste Mal, seit es im 19. Jahrhundert als Staat gegründet wurde. Er hat die 500 Jahre währende weiße Vorherrschaft beendet, er hat die Gesellschaft durch Sozialprogramme ausgeglichen, **er hat die CIA und die US-Militärbasen aus dem Land geworfen und die amerikanische Drogenbehörde DEA verjagt**. All diese Behörden, die – wie ich sage – erzählen, **Gutes zu tun, aber Teil der imperialistischen US-amerikanischen Strategie sind**. Er warf sie alle raus und reformierte das Land. 2019 gewann er die Wahl und eine Menge unterschiedlicher imperialistischer Behörden arbeiteten zusammen, um ihn loszuwerden. **Die Rolle der USA kam schnell heraus**, aber die britische Rolle kam überhaupt nicht an die Öffentlichkeit.

Durch das britische Informationsfreiheitsgesetz bekam ich 30 Seiten Dokumente vom britischen Außenministerium darüber, was sie zu der Zeit in Bolivien getan haben. Die zeigten, dass sie eine britische Firma beauftragt hatten, **die Ausbeutung von Lithium zu verbessern**, eine Woche nachdem Morales das Land **verlassen hatte**. Lithium ist ein Metall, das mit der Elektromobilität zunehmend begehrt ist, und Bolivien sitzt mit Chile und Argentinien auf dem sogenannten Lithiumdreieck. Das ist eine **enorm wichtige Ressource**. Der Putsch gegen Morales wird auch der **Lithiumputsch genannt**. Morales verwendet meine Geschichte häufiger, denn sie gab ihm den Beweis dafür, dass es, wie er sagte, ein Putsch für Lithium war.

Wir sind ein kleiner Betrieb mit 3 Leuten. Niemand hat wirklich nachgeschaut oder wollte nachschauen, was die Briten in Bolivien machten, was unsere Rolle war, was unsere imperialistischen Strategien waren. Das existiert einfach nicht und zeigt wieder: **Wenn Mainstream-Journalisten, diejenigen, die wirklich eine große Öffentlichkeit erreichen,**

Journalismus richtig machen würden, dann würden unsere Gesellschaften über Nacht transformiert werden.

Und deswegen sind **WikiLeaks und Julian Assange** auch unter solchem Druck, **weil sie es in den Mainstream getragen haben.** Er hat diese Informationen mit dem Guardian und der NewYorkTimes und Nachrichtenagenturen auf der ganzen Welt verlinkt und das wurde damit ein massives Problem für die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten.

Mir ist nicht bewusst, wie es sich in Deutschland abspielt, aber **in England und den USA haben wir ein Mediensystem, wo Propaganda vom Staat und den Konzernen ausgestrahlt wird und nahtlos in die öffentliche Debatte übergeht, ohne kritische Analyse dessen, was vor sich geht.**

Und deshalb sind **WikiLeaks und Julian Assange** auch eine so **große Bedrohung für diese Machtzentren**, weil sie es nicht gewöhnt sind, **Journalismus zu haben, der die Massenaufmerksamkeit hat und erklärt, wie die Welt wirklich funktioniert.** Wenn man nachsieht, was sie mit Assange gemacht haben, dann haben sie es geschafft, **den Journalisten und Verlegern aus aller Welt eine Botschaft zu senden.** Ich weiß nicht, was in diesem Fall passieren wird, aber mein Gefühl ist, dass sie ihn nie wieder laufen lassen. Sie wollen eine Nachricht an die Menschen senden, **„Das ist die Linie, die ihr nicht überschreitet“, und das ist das Imperium.** Du darfst nicht über die Verbrechen des Imperiums berichten, denn wenn du es tust, stecken wir dich ins **Belmarsh-Hochsicherheitsgefängnis und dann für den Rest deines Lebens in die Wüste von Colorado.** Das ist eine gruselige Angelegenheit. **Dieser Präzedenzfall** ist wirklich furchteinflößend. Nicht nur für Journalisten, sondern auch für Menschenrechtsorganisationen, Zivilgesellschaft und jeden, der zu Außenpolitik und Nationaler Sicherheit arbeitet.

Ich denke, in diese Richtung bewegt sich die Welt. Die Sache mit WikiLeaks und fortgeschrittener Technologie ist die, dass den Menschen Werkzeuge an die Hand gegeben wurden, Massen an Informationen zu verbreiten, die sie vorher nicht hatten. Mit dem Internet kann eine Person wie Julian Assange komplett die

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Erzählung verwandeln und den Diskurs verändern, allein mit einem Laptop. Damit haben die Autoritäten ziemlich zu kämpfen, denn sie müssen das eindämmen, ohne als autoritär rüberzukommen. Die **Assangeverfolgung ist ein PR-Desaster** für sie. Sie wollen es nicht machen, aber sie müssen, weil sie einen Weg finden müssen, die **Neugierigen zu stoppen, die offenlegen, wie die Welt wirklich funktioniert.**

In England ist Assange ein nebensächliches Thema, **was irre ist, weil es die britische Regierung ist, die ihn seit 4 Jahren gefangen hält und 7 Jahre willkürlich in der Botschaft inhaftiert hat.** Das ist verrückt. Jeder hat **die Recherche von YahooNews gesehen**, die den Plan veröffentlicht haben, **dass Pompeo, als er CIA-Direktor war, Pläne ausgearbeitet hat, Assange in London zu töten.** Denken Sie mal darüber nach. Man würde denken, dass das ein großes Thema für ein Land ist. Es gab einen glaubwürdigen Bericht, dass eine fremde Regierung einen Journalisten auf dem Staatsgebiet ermorden will, weil sie dessen Berichterstattung nicht mag. **Der BBC hat nichts darüber berichtet, kein einziges Wort. Es gab keinen Bericht in den Abendnachrichten. Der Botschafter wurde nicht einberufen. Es wurde vollständig ausgeblendet.** Wenn man so eine Situation hat, ist das ziemlich beängstigend, denn **wenn sie das tun können, können sie die Fakten verschwinden lassen.** Dann können sie das mit jedem machen. Doch was überall auf der Welt geschieht, ist, dass **unabhängige Medien aufholen und sich mit dem befassen, was der Mainstream tun sollte**, der einst gute Arbeit gemacht hat. Deshalb werden die Angriffe auf unabhängige Medien zunehmen.

Wie funktioniert die Zensur oder Selbstzensur in den etablierten Medien?

Niemand sagt dir, was du schreiben sollst. Als ich bei der Financial Times angefangen habe, hatte ich gerade **Manufacturing Consent** von Noam Chomsky und Edward Herman gelesen, **das analysiert und beschreibt, wie ein Großteil dieser Dinge abläuft. Ich denke, es ist eine Kultur, in die man hineingerät und niemand spricht diese Dinge aus.** Wenn man zum Beispiel die Hizbullah in der FT diskutiert, würde man sagen *„vom Iran unterstützte Miliz Hizbullah“*, **man würde aber niemals „US-unterstützte fundamentalistische Diktatur Saudi-Arabien“ sagen.** Ich erinnere mich, wie ich das ein paar Mal geschrieben hatte und das rausgeschnitten wurde. Meiner Erfahrung nach ist es eine Kultur und wenn man keine kritische Einstellung hat, wenn man reingeht, hinterfragt man sie auch nicht. Ich hatte verstanden, dass es so läuft, bevor ich anfing, also konnte ich die kritische Denkweise beizubehalten. Die andere Sache ist: Wenn man älter wird, nimmt man Hypotheken auf und bekommt Kinder, dann will man nicht so viel Staub aufwirbeln. Da ist die Neigung stärker, die Ideologie der Institutionen anzunehmen. Ich meine, **es gibt heute in den**

Mainstream-Medien kaum einen anti-imperialistischen Kolumnisten, vielleicht ein paar wenige, aber das war's.

Der Guardian zerstörte seine Laptops auf Anweisung des britischen Geheimdiensts GCHQ, das taten sie aufgrund von politischem Druck. Ich bezweifle, dass Ihr zu so etwas zustimmen würdet, doch der Präzedenzfall ist geschaffen, oder?

Der Fall des Guardian ist sehr lehrreich. Die erste Geschichte, die wir bei Declassified UK je gemacht haben, drehte sich darum, wie der britische Sicherheitsapparat die oppositionelle Berichterstattung des Guardian lahmgelegt hat.

Das war sehr interessant. Wir fanden einige Aufzeichnungen eines sogenannten D-Notice Committees. Prinzipiell handelt es sich dabei um eine Zensurbehörde, die vom Verteidigungsministerium und den Geheimdiensten betrieben wird. Die treffen sich alle 6 Monate mit einer Reihe von Journalisten und dem Verteidigungsministerium und erklären, was sie schreiben können und was nicht. Das D-Notice Committee sendet auch Warnungen aus – zum Beispiel über die Snowden-Dokumente – in denen steht: „Wir denken, dass sie das nicht veröffentlichen sollten“. Es hat keine rechtsverbindliche Bedeutung, aber es ist eine Form, Druck zu erzeugen. Sie veröffentlichen Auszüge ihrer Treffen auf ihrer Website und dort haben wir einige aus der Snowden-Periode gefunden und sie uns angesehen. Es ist erstaunlich, sie sind durchgedreht wegen dem, was der Guardian getan hat und über eine Periode von 6 Monaten erkennt man, wie sich ihre Beziehungen zum Guardian verbessern. Ich denke, der Guardian kam unter so viel Druck, dass er Reue gegenüber dem Sicherheitsapparat gezeigt hat. Was man heute vom Guardian sieht, ist ein Schatten seines früheren Selbst. Und das wurde aktiv vom Sicherheitsapparat bewerkstelligt.

Da sind ein paar gesellschaftliche Normen, bei denen man vorsichtig sein muss, denn wenn sie anfangen, Journalisten einzusperrern – ich weiß, Assange ist im Gefängnis – doch England nutzt die freie Presse, um seine Macht zu bewerben, diese Pressefreiheitskonferenzen dienen der „Soft Power“. In diesem Kontext müssen sie sich zurechtfinden, deshalb werden sie uns einfach ignorieren, anstatt uns wegzusperrern.

Auch wir von DeclassifiedUK.org haben ein Schreiben des D-Notice Committees erhalten. Mein Kollege Phil Miller hat einen ziemlich guten Bericht darüber geschrieben, wie England den Diktator in Kamerun unterstützt, den ältesten Diktator Afrikas, und er enthüllte einige der Leute aus dem britischen Militär, die darin involviert sind. Im Wesentlichen geht es um Krisenpläne für den Diktator Biya,

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

wenn gewisse Dinge passieren, damit er überlebt. Unser Redakteur [Mark Curtis](#) bekommt eine E-Mail. Irgendein Beamter des Verteidigungsministeriums sagt: ‚Hallo, ich bin vom D-Notice Committee, wir haben eben ihre Geschichte mitbekommen. Können Sie die Namen rausnehmen?‘ Und Mark antwortet: ‚Was ist das hier? Ist das eine Ermahnung?‘ Und sie antworteten, ‚Nein, es ist keine.‘ – ‚Was ist es dann? Wie nennen Sie das, was Sie hier machen?‘. Es ist sehr interessant, wenn man sich die Korrespondenz anschaut. Sie meinten, kommt schon, nehmt das runter und wir verweigerten. Ich denke, das war das erste Mal, dass ihnen so etwas passierte. Sie haben keine Gegenwehr erwartet. Wir haben einen Artikel [darüber geschrieben](#).

Wir haben den Beamten zitiert und uns ist bisher nichts passiert. Ich denke, so funktioniert das System. Weil sie jemanden wie den ehemaligen Guardian-Chef Rubsbridger anrufen können und ein bisschen Druck erzeugen können, obwohl Rubsbridger härter war als andere Redakteure, die sofort umgefallen sind. [Das britische Establishment ist der Gentlemans Club](#). So funktioniert's und die Leute bekommen Angst. Wenn das D-Notice Committee dir sagt, da ist [eine Bedrohung der Nationalen Sicherheit auf deiner Website](#), die Konsequenzen, die es hat, so etwas zurückzuweisen, kennen wir nicht, aber sie sind bestimmt ziemlich heftig.

Gibt es irgendwelche [SLAPP-Fälle?](#) (Strategic Lawsuits against public participation)

Das sind [effektiv Gerichtsverfahren von reichen Leuten gegen Journalisten](#), [um Kritik zu stoppen](#). Es gibt davon gerade eine Menge. Wir hatten nie einen.

Es gibt die britischen Libel Laws. Menschen kommen aus aller Welt, um Leute in England zu verklagen, weil es so einfach ist. Die sind wirklich gut bekannt.

Wir wurden in unserem ersten Jahr vom Verteidigungsministerium auf die Schwarze Liste gesetzt. Wie beim Assangefall und dem Interessenkonflikt drumherum sind wir ziemlich das einzige Magazin, das irgendeine Art von [Investigativrecherche über Englands Rolle im Jemenkrieg gemacht hat](#). Die ist umfangreich und beinhaltet [mehrere Milliarden Pfund an Waffen und logistischer Unterstützung](#). [Effektiv betreiben wir die saudische Luftwaffe](#).

Ein ehemaliger BAE-Systems-Mitarbeiter hat gesagt, wenn die Unterstützung von England und BAE stoppen würde, wäre die saudische Luftwaffe [binnen zwei Wochen am Boden](#). [Das ist wichtig, denn der Jemenkrieg ist die schlimmste humanitäre Katastrophe der Welt und wir haben eine Menge über die britische Rolle enthüllt](#).

Tatsächlich gibt es einen britischen Soldaten jemenitischer Abstammung, [Ahmed al-Batati](#), ein beeindruckender Kerl, der in Uniform vor dem Verteidigungsministerium protestierte und von der Militärpolizei verhaftet wurde. In Interviews sagte er, ‚ich habe in Declassified UK darüber gelesen, was England getan hat, und ich dachte, ich kann nicht Teil des britischen Militärs bleiben, wenn wir in diesem Krieg involviert sind‘. Daraufhin wollten wir ein Zitat vom Verteidigungsministerium zu al-Batatis Fall, doch nach einigem Hin und Her sagte ein Beamter der Pressestelle: ‚Wir setzen uns mit ihrem Magazin nicht mehr auseinander‘. Mein Kollege Phil hat den Anruf aufgezeichnet. Sie dachten wohl, wir wären nur ein kleines Medium und nichts würde passieren, aber wegen der Aufzeichnung wurde [Index on Censorship involviert](#), die haben es an den [Council of Europe](#) weitergeleitet, die haben einen **Medienfreiheitsalarm** ausgesendet, also musste die britische Regierung reagieren.

Das Verteidigungsministerium dachte, es wäre keine große Sache. Doch dann musste sich **der Verteidigungsminister im Parlament rechtfertigen und hat eine unabhängige Untersuchung angefordert**, die von Tony Blairs ehemaligem Sprecher gemacht wurde. Lesenswert. Er liefert einen 2.000 Worte starken Bericht über die Machenschaften der Regierung und was sie über uns redeten. Es gab wohl irgendeinen Offizier, der vorgeschlagen hat, uns auf eine Liste mit **feindlichen Organisationen** setzen zu lassen. Der Report kam auf der Regierungswebsite und ist dort **bis heute**. **Kein einziges Nachrichtenmagazin hat jemals ein Wort darüber berichtet**. Das ist es, womit wir es zu tun haben. **Die sind völlig zum Schweigen gebracht**.

Zensur durch Auslassung ist – meiner Meinung nach – **das mächtigste Propagandamittel, das wir im Westen haben. Damit betreiben sie Gehirnwäsche**. Sie lassen die Informationen einfach weg, die man braucht, um so etwas wie ein **realistisches Verständnis davon zu haben, wie die Welt funktioniert**.

Was bedeutet das, dass man Euch auf die Schwarze Liste gesetzt hat?

Es bedeutet, dass sie sich die Organisationen raussuchen, mit denen sie interagieren, was ihnen nicht erlaubt ist, sie haben damit ein Gesetz für den öffentlichen Dienst gebrochen. Es war sehr dumm von ihnen, so etwas zu tun. Und tatsächlich machen sie das auch nie. Der Verteidigungsminister musste sich entschuldigen, davon gibt's auch ein [Video](#). Es war wohl jemand aus den unteren Rängen, der einfach von unseren Berichten genervt war. Ich denke, sie dachten auch, dass es niemanden interessieren würde, wie es ja auch normalerweise läuft.

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Ich habe nie die Physik dahinter verstanden, wie Dinge viral gehen, doch diese Geschichte wurde irgendwie größer als gedacht.

Außer der Sache mit dem **D-Notice Committee** kam nie jemand, der gesagt hat, wir könnten das nicht machen, denn sie würden sich damit selbst ins Knie schießen. Ich denke, das D-Notice Committee hat erwartet, dass wir sofort umfallen, doch das taten wir nicht, stattdessen haben wir einen Artikel über die Informationen geschrieben, die sie verheimlicht haben wollten. Man nennt das den **Streisand-Effekt**: wenn man versucht, etwas zu verheimlichen, und es wird größer.

Wir haben jetzt viel über politische Macht gesprochen, doch es gibt auch noch wirtschaftliche Macht. Könnten Sie etwas Wissen mit uns teilen darüber, wie sich die Macht der Konzerne einmischt?

Ich denke, der Staat arbeitet effektiv für die Konzerne. Da gibt es keinerlei Trennung. Wenn man sich Firmen wie BAE Systems anschaut, dann gibt es da eine ganze Einheit im britischen Handelsministerium, die sich nur darauf konzentriert, britische Waffen in alle Welt zu verkaufen. Effektiv ist BAE der größte und wichtigste Waffenproduzent, also subventioniert der Steuerzahler den Privatkonzern BAE Systems. Das passiert auch z.B. mit **BP, die sind sehr stark mit dem MI6 vernetzt, waren sie schon immer**. Die britische Staatsmaschinerie – und ich denke, das trifft auch auf **sehr viele andere Staaten zu – ist darauf ausgerichtet, die Macht der Konzerne auszubauen und die Interessen der britischen Konzerne umzusetzen**, da ist gar keine Grenze. Tatsächlich veröffentliche ich nächstes Jahr ein Buch dazu, genannt **„Silent Coup“ (stiller Putsch)**, darin geht es darum, **wie Konzerne demokratische Strukturen in Staaten übernommen haben**. Das sind Berichte aus der ganzen Welt. Wohin ich auch gehe: Für die einfachen Menschen, die sich gegen die Macht der Konzerne wehren, ist das offensichtlich. Wenn man Bauern oder wen auch immer fragt, ob die Regierung sie in ihrem Anliegen unterstützt, sagen sie, **„nein, die Regierung arbeitet für die Konzerne“**, die verstehen das. Das ist ein gewaltiges Problem. Ich denke, **das ist das größte Thema unserer Zeit**, denn all die existenziellen Bedrohungen, denen wir ausgesetzt sind, besonders der Klimawandel, werden nicht angegangen, denn die Staatsgewalt selbst ist in der Hand der Konzerninteressen, der großen Ölkonzerne etc.

Wir haben einiges zu BP und Shell gemacht. Eine jüngere Story dreht sich darum, wie **Shell während des Kalten Krieges die Propagandaabteilung in der britischen Regierung finanziert hat**.

Können Sie vertrauenswürdige Nachrichtenkanäle empfehlen?

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Bei der Arbeit, die ich mache, schaue ich mir wirklich grundlegend an, wie der britische Staat operiert und dazu will ich eine klare Sicht haben. Wenn man die Nachrichten liest, bekommt man oft so eine verzerrte Sicht und eine Illusion davon, was geschieht. Damit kann ich nicht umgehen. Ich habe die Financial Times allen Zeitungen vorgezogen, weil sie sehr schlank ist, doch auch die ist in den letzten Jahren ideologischer geworden. Ich empfehle die FT, wenn man eine Tageszeitung will, die nicht komplett von der Rolle ist.

Als ich bei der Financial Times war, habe ich einmal Noam Chomsky interviewt und er hat gesagt, die FT ist seine Lieblingszeitung. Ich habe ihn gefragt, warum er sie so gut findet. Neben anderen Dingen hat er gesagt, weil die Herren des Universums ein realistisches Verständnis von der Welt haben müssen, die sie managen und kontrollieren, da bleibt wenig Platz für Ideologie. Außerdem vertrauen sie ihrer Leserschaft. Sie müssen keine propagandistischen Illusionen einsetzen, um den Pöbel unter Kontrolle zu halten, und sagen, was man zu tun hat und was nicht, wie in den Boulevardzeitung oder wo auch immer. Da geht es ums Geld. Die FT habe ich eine ganze Weile gelesen, damit ist man am dichtesten dran.

Was unabhängige Medien angeht, passiert überall auf der Welt gerade viel Interessantes. Ich kenne sie nur nicht im Detail. Was in den USA los ist, ist mir nicht so bewusst, in England ist gerade viel gute Lokalpresse im Kommen.

Euer größtes Problem ist, die Informationen an die Öffentlichkeit zu bekommen, oder? Könnte die Lokalpresse hier helfen, Aufmerksamkeit zu bekommen?

Das ist tatsächlich etwas, worüber wir viel diskutieren. Was unsere Arbeitsweise angeht, machen wir uns keine Sorgen wegen unserer Produkte. Ich will nicht selbstgefällig wirken, aber wir denken, dass die Qualität unserer Kunst und die Qualität unseres Journalismus deutlich höher ist als die der Mainstream-Medien und vieler alternativer Medien. Darüber müssen wir uns also keine Sorgen machen. Woran wir arbeiten müssen, ist die Reichweite, denn das andere Prinzip, das wir haben, ist, dass wir nicht mit den Mainstream-Medien zusammenarbeiten. Das ist ziemlich einzigartig, selbst bei den unabhängigen Medien, doch wir wollten das so. Wir denken, sie sind das Problem. Ich denke, wenn man damit anfängt, verändert es einen in einer Weise, die sich nicht vermeiden lässt. Das ist ein Schutzmechanismus, den wir eingestellt haben, um nicht zu werden wie die Mainstream-Medien. Doch wenn man die nicht nutzt, nur wenig Geld zur Verfügung hat und kein Geld von Konzernen und Regierungen annimmt, wie erreicht man dann die Leute? Doch das ist es, was wir wollen, und das ist die offene Frage, an der wir arbeiten müssen. Die sozialen Medien helfen dabei, erreichen aber kein Massenpublikum, doch lokale

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Presse ist ein wichtiger Teil. Die meisten Storys, die wir machen, finden jedoch auf der nationalen Ebene statt, das sind keine lokalen Geschichten. Ich weiß noch nicht, wie wir das ausarbeiten. Die Lokalmedien in England wurden auch ausgedünnt in den letzten Jahrzehnten, da ist kaum noch etwas übrig.

Wir haben 5 Gründungsgeldgeber, gute Geldgeber. Sie glauben an das, was wir tun. Denn wegen dem, was wir machen, fasst uns die liberale Stiftungsindustrie nicht an. Deswegen kriegen wir auch kein Geld von [Opensociety](#) und ähnlichen Organisationen, das haben wir versucht.

Und das heißt umgekehrt, dass wir ziemlich klein bleiben müssen. Wir werden auch von der Öffentlichkeit finanziert, das ist, was wir wirklich wollen. Bisher sind es ca. 25 Prozent unseres Budgets, das ist wohl die beste Art, wirklich unabhängig zu bleiben. Denn auch Stiftungen verfolgen Agenden. Viele von ihnen sind gut, doch das Geld kommt irgendwoher. Die beste Art, so unabhängig wie möglich zu bleiben, ist deshalb ein Abonnentenmodell, doch das ist nicht so einfach.“

Titelbild: Skorzewiak/shutterstock.com

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=92298>

Welche Chancen gibt es für einen Frieden in der Ukraine*

10. Januar 2023 um 11:15 Ein Artikel von [Michael von der Schulenburg](#)

Von **Michael von der Schulenburg**. – Ob es eine Chance für einen Frieden in der Ukraine geben wird, hängt weitgehend von den Vereinigten Staaten ab! Für die USA geht es in diesem Krieg aber um geostrategische Ziele und es werden auch nur geostrategische Überlegungen sie dazu bewegen, einer Friedenslösung mit Russland zuzustimmen. Dazu hier einige Gedanken und am Ende eine redaktionelle Nachbemerkung.

Nicht der Krieg, sondern was zum Krieg geführt hat, muss gelöst werden

Der Krieg in der Ukraine ist das Resultat eines Versuches der USA, nach dem Ende des Kalten Krieges in Europa eine Sicherheitsordnung über die von ihr dominierte NATO und unter Ausschluss Russlands aufzubauen. Dabei spielten für die USA Bedenken über die Sicherheit Europas kaum eine Rolle. Es ging und geht fast ausschließlich um das geostrategische Ziel der USA, ihre nach dem Ende des Kalten Krieges gewonnene Position der allein dominierenden globalen Großmacht zu

erhalten. Die Beitritte der Ukraine wie auch Georgiens zur NATO wären die Krönung dieser seit 1994 betriebenen NATO-Erweiterung nach Osten.

Über eine solche NATO-Erweiterung würden die USA Russlands gesamte Süd-Westgrenze militärisch kontrollieren und somit Russland aus dem strategisch so wichtigen Schwarzen Meer und aus seinen traditionellen Einflussbereichen in Zentralasien verdrängen können. So wäre die Atommacht Russland als unliebsamer strategischer Mitkonkurrent weitestgehend ausgeschaltet. Die USA, ein Land, das über 8.000 km von der Ukraine entfernt auf einem anderen Kontinent liegt, könnte durch vorgeschobene Militärbasen in der Ukraine Druck auf den gesamten asiatischen Raum inklusive China ausüben und die stark an Bedeutung gewonnenen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Asien und Europa beeinflussen. Die USA verfolgen somit eigene machtpolitische und keine selbstlosen humanitären Ziele in der Ukraine. Die Ukraine ist nur durch ihre strategische Lage zwischen Europa und Asien zum Kriegsschauplatz geopolitischer Interessen geworden. Bei einer Friedenslösung dürften daher auch die eigentlichen ukrainischen Interessen, trotz aller öffentlicher Solidaritätsbezeugungen, nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Einen wirklichen Frieden in der Ukraine und damit auch in Europa kann es nur geben, wenn es möglich würde, eine neue, von der NATO weitestgehend unabhängige Sicherheitsstruktur in Europa zu errichten, um so, wie in der Paris-Charta der OSZE von 1990 gefordert, ein gemeinsames Haus Europa ohne Trennlinien zu schaffen. Das ginge nur mit einer europäischen Sicherheitsstruktur, die Russland einschließt. Hierfür sind aber die aktuellen Aussichten ausgesprochen schlecht. Auch die Ukraine, obwohl wiederholt vom Westen vorgeschoben, kann darüber sicherlich keine selbstständigen Friedensverhandlungen mit Russland führen. Sie kontrolliert keine der in diesem Krieg ausgefochtenen geopolitischen Interessen der Atommächte USA und Russland (und im gewissen Sinne auch Chinas). Zudem ist die Ukraine viel zu sehr von westlicher, insbesondere von amerikanischer finanzieller und militärischer Unterstützung abhängig, um eine unabhängige Position zu vertreten.

Wer kann einen Frieden mit Russland verhandeln?

Es kämen dafür nur die USA infrage; die Europäische Union ist zu uneinig und schwach, um einen Schritt hin zu einem Verhandlungsfrieden mit Russland zu machen. Wie sehr dieser Krieg ein Krieg der USA ist, hat kürzlich erst der Besuch des Präsidenten Zelensky in Washington gezeigt; über Europa ist Zelensky einfach hinweggeflogen.

- **Die USA und der Krieg um Macht**

Das geopolitische Interesse der USA an der Ukraine geht auf die Zeit nach der Auflösung des Warschauer Paktes und des Zusammenbruchs der Sowjetunion Ende 1991 zurück. Damit endete auch jeder Versuch, in Europa eine ausgleichende Sicherheitsstruktur einzuführen, die auch Russland, dem nun erheblich geschwächten Nachfolgestaat der Sowjetunion, mit einbezieht. Die Hoffnung der Charta von Paris auf ein gemeinsames friedliches Europa war damit gestorben. Der Zusammenbruch der Sowjetunion wurde als Sieg eines überlegenen westlichen liberal demokratischen Systems gewertet; die Welt würde sich nun in eine liberale Demokratie unter der Führung der USA verwandeln. War die USA bis dahin „nur“ die Führungsnation westlicher Demokratien gewesen, würde sie nun zur einzigen Führungsmacht der ganzen Welt werden. Dieses Ziel schien damals realistisch, da Russland ins Chaos der Jelzin-Jahre versunken war und China, wie auch Indien, wirtschaftlich und militärisch keine Bedeutung hatte. Der NATO, in der Charta von Paris wird sie mit keinem Wort erwähnt, kam nun die alleinige Aufgabe zu, der militärische Mantel einer von den USA beherrschten Welt zu werden. Dabei wurde der Ukraine schon damals eine zentrale Rolle zugeordnet.

Bereits 1997 unterzeichnete die NATO mit der Ukraine einen Vertrag zur strategischen Partnerschaft. Was anfangs noch recht unschuldig klang, führte aber dazu, dass eine NATO-Mitgliedschaft zum Ziel aller nachfolgenden amerikanischen Präsidenten wurde. Trotz aller Proteste und Drohungen Russlands wurde diese mit zunehmender Aggressivität verfolgt. Dies gipfelte im Jahr 2014 in dem von den USA organisierten und mit 5 Milliarden Dollar finanzierten gewaltsamen (und nach internationalem Recht illegalem) Sturz des demokratisch gewählten ukrainischen Präsidenten Janukowitsch und der Einsetzung einer pro-westlichen Regierung unter Poroschenko. Die Weichen für eine Einverleibung der Ukraine in die NATO waren damit gestellt. Russland antwortete mit der Annexion der Krim und der Unterstützung der Unabhängigkeit des Donbas. Woraufhin der Westen mit einer massiven militärischen Aufrüstung der ukrainischen Armee begann. Damit hatte eine Art latenter Krieg zwischen den USA und Russland um den Einfluss in der Ukraine begonnen. Nach der Ankündigung auf dem NATO-Gipfel im Juni 2021, die Mitgliedschaft der Ukraine nun voranzutreiben, eskalierte die Situation und führte zur militärischen Intervention Russlands. Bei alledem ging und geht es allein um die NATO-Erweiterung und es wird keinen Frieden geben, bis dies nicht diplomatisch gelöst wird.

Das erklärt auch, warum sich die USA vehement gegen jede Friedenslösung wenden, die eine Neutralität der Ukraine vorsieht. Noch im Dezember 2021 weigerten sich die USA, über einen NATO-Beitritt der Ukraine mit Russland zu verhandeln und im März 2022 torpedierte die NATO die ukrainisch-russischen Friedensgespräche, die eine neutrale Ukraine vorsahen. Auch jetzt lehnen die USA Friedensgespräche mit Russland über den zukünftigen Status der Ukraine ab. Nehmen die USA damit das Leiden des ukrainischen Volkes und die sukzessive Zerstörung der Ukraine für ihre geostrategischen Ziele in Kauf?

- **Die Europäische Union und der Krieg in die Ohnmacht**

Der Krieg in der Ukraine ist eine Schande für Europa und ganz besonders für die EU. Obwohl es sich hier um einen Krieg handelt, der auf dem europäischen Kontinent zwischen zwei europäischen Staaten ausgetragen wird und obwohl sich dieser Konflikt über die letzten 30 Jahre mit ständig zunehmenden Spannungen angedeutet hatte, hat die EU nichts unternommen, um eine diplomatische Lösung zu finden und so den Krieg zu verhindern. Die EU degradierte sich zum willigen Mitläufer der USA und wurde dadurch zum Mitschuldigen an diesem Krieg. Die Konsequenzen wird nun Europa tragen müssen, durch ein Abrutschen in eine politische Bedeutungslosigkeit, durch den Verlust des Zugangs zu Rohstoffen, durch eine Blockade der Landbrücke zu den lukrativen Märkten Asiens und letztlich durch eine Abwertung seines Wirtschaftsstandortes und Milliarden an Transferzahlungen an die Ukraine über die kommenden Jahre hinweg.

Die bisherigen Versuche europäischer Staaten, im Ukraine-Konflikt zu vermitteln, sind regelmäßig an europäischer Uneinigkeit und amerikanischem Widerstand gescheitert. Ein Vermittlungsversuch der Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens bei den Unruhen auf dem Maidan-Platz in 2014 wurde ignoriert; nur Stunden später kam es zum gewaltsamen Sturz des pro-russischen Präsidenten. „Fuck the EU“, war Victoria Nulands Reaktion; sie ist heute amerikanische Vize-Außenministerin. Auch die von Deutschland und Frankreich ausgehandelten Minsk-I- und Minsk-II-Vereinbarungen wurden nie umgesetzt, der EU war es unmöglich, Druck auszuüben. Die Ohnmacht der EU wurde dann noch einmal bei der Sprengung der Nord Stream 1&2 (wahrscheinlich durch die USA) deutlich. Der Krieg in der Ukraine ist eben auch ein Wirtschaftskrieg der USA gegen ein zu sehr nach Osten, vor allem nach Russland und China, ausgerichtetes Europa.

Die Tragik für die Ukraine ist es, dass damit eine Situation entstanden ist, in der sie selbst keinen Frieden verhandeln kann, in der die EU zu schwach und uneinig ist, um einen Frieden zu verhandeln, und die USA sich in einer so starken Position wähnen, dass sie keine Veranlassung haben, einen Verhandlungsfrieden mit Russland zu suchen.

Was könnte die USA dennoch bewegen, einen Verhandlungsfrieden mit Russland zu suchen?

Das könnte sich aber ändern. Die amerikanische Strategie, Russland in der Ukraine zur Kapitulation zu zwingen, baut auf dem Glauben ihrer überlegenen Waffensysteme, ihrer besseren militärischen Aufklärung und letztlich auch ihrer wesentlich stärkeren Wirtschaftskraft auf. Diese Strategie hat jedoch drei Schwachstellen, die zu einem Einlenken der USA führen könnten:

- ***Nicht Russland, sondern die Ukraine könnte zuerst zerbrechen***

Im Ukraine-Krieg liefern die USA und andere NATO-Staaten die Waffen und Munition, die Ukrainer zahlen aber mit ihrem Blut. Es ist ein typischer Stellvertreterkrieg, dessen Erfolg davon abhängen wird, inwieweit die Ukraine diesen durchhalten kann. Obwohl auch Russland schwer von diesem Krieg getroffen ist, scheint es doch wahrscheinlicher, dass die Ukraine zuerst zerbrechen könnte. Und das liegt nicht nur an der militärischen Lage.

Der Krieg spielt sich ausschließlich auf ukrainischem Boden ab. Das heißt, dass nicht nur russische Waffen, sondern auch alle vom Westen gelieferten Waffen dazu beitragen, das Land zu zerstören. Inzwischen haben diese Zerstörungen ein katastrophales Ausmaß angenommen. Bereits vor dem Krieg war die Ukraine eines der weitaus ärmsten Länder Europas. Die Lebensbedingungen für die große Mehrheit der Ukrainer ohne Strom und Wasser müssen unbeschreiblich hart sein, gerade jetzt im Winter. Es gibt kaum noch eine funktionierende Wirtschaft und das Land hat den lebenswichtigen Zugang zum Asowschen und Schwarzen Meer verloren. Die finanzielle Unterstützung des Westens an den inzwischen fast bankrotten ukrainischen Staat wird wahrscheinlich nie den finanziellen Bedarf decken können. So hat die EU für 2023 die Zahlung von 1,5 Milliarden Euro monatlich versprochen, während die ukrainische Regierung zwischen 5,0 und 9,0 Milliarden Euro monatlich angefragt hatte.

Die Gräben zwischen den westlichen und östlichen Teilen des Landes, zwischen ukrainisch- und russisch-loyalen Ukrainern müssen heute noch tiefer, vielleicht sogar unüberbrückbar, geworden sein. Dieser Krieg hatte immer schon Aspekte

eines Zivilkrieges, in dem Donbas-Milizen aus der Ostukraine gegen Asov-Brigaden aus der Westukraine kämpfen. Hinzu kommen nun noch gesetzliche Beschränkungen der russischen Sprache und Kultur im öffentlichen Raum, die Schließung russisch-sprachiger Fernseh- und Radiostationen, das Verbot aller politischen Parteien der russisch-sprachigen Bevölkerungsgruppen, die polizeilichen Durchsuchungen von über 300 russisch-orthodoxen Klöstern, die Ankündigung des Verbots der russisch-orthodoxen Kirche und letztlich die Ermordungen angeblicher Kollaborateure.

Die Ukraine leidet unter einer höchst instabilen Bevölkerungsstruktur. Seit ihrer Unabhängigkeit 1991 ist die Bevölkerungszahl um 20 Prozent gesunken, ein Trend, der sich durch diesen Krieg sicherlich noch verstärkt hat. Seit dem Ausbruch des Krieges sind nach UN-Angaben etwa 8 Millionen Ukrainer geflohen, auch dies eine Zahl, die sich durch einen harten Winter noch erhöhen könnte. Zudem leben in der Ukraine etwa 7 Millionen Binnenflüchtlinge, weitere 6-7 Millionen Ukrainer leben heute in von Russland kontrollierten Gebieten.

Unter diesen Bedingungen könnte eine Situation entstehen, in der weitere westliche Waffenlieferungen wenig ausrichten können. Vielleicht auch deshalb hat sich der ranghöchste amerikanische General, Marc Milley, im Widerspruch zu Präsident Bidens erklärter Politik des Durchhaltens, für sofortige Friedensverhandlungen ausgesprochen. Die USA könnten sich eines Tages genötigt sehen, die Reißleine zu ziehen, um einen Zusammenbruch des ukrainischen Staates zu verhindern.

- **Der Konflikt der USA mit China verschärft sich**

China und nicht Russland wird in den USA zunehmend als der große Gegner der Zukunft gesehen. Während der Konflikt zwischen den USA und China an Heftigkeit und Gefährlichkeit zunimmt, könnte der Krieg in der Ukraine sich lange hinziehen, ohne eine militärische Entscheidung zu bringen. Das kann zu einer Situation führen, in der die USA zu dem Schluss kommen, dass sie sich nicht gleichzeitig einen Konflikt mit Russland und China leisten können. Die amerikanische Entscheidung könnte in diesem Fall darauf hinauslaufen, den teuren, aber wenig erfolversprechenden Konflikt mit Russland zu beenden.

- **Die öffentliche Meinung in westlichen Ländern wendet sich zunehmend gegen den Krieg**

In fast allen westlichen Ländern, auch in den USA, sinkt in der Bevölkerung, wenn auch langsam, die Zustimmung zu weiteren Waffenlieferungen; in vielen Ländern

gibt es bereits eine Mehrheit, die eine diplomatische Lösung befürwortet. Die wirtschaftlichen Auswirkungen werden diesen Trend aller Voraussicht nach noch verstärken. Mit einem andauernden Krieg dürfte auch die zurzeit sehr einseitige Berichterstattung in den meisten westlichen Medien Lächer bekommen. Berichte über die hohen Kosten dieses Krieges und über die Milliarden an monatlichen Transferzahlungen an die Ukraine werden zunehmen. Damit werden auch kritische Berichte über unkontrollierbare Korruption, den illegalen Weiterverkauf von Waffen und die fehlende Transparenz über den Gebrauch der Transferzahlungen in die Öffentlichkeit kommen. Schon vor dem Krieg war die Ukraine eines der korruptesten Länder Europas, ein Umstand, der sich in Zeiten eines Krieges wohl eher verschlechtert hat. Und es könnte zunehmend auch Berichte über ukrainische Kriegsverbrechen geben – in einen Krieg bleibt keine Seite sauber. Die öffentliche Meinung im Westen könnte umschwingen und sich den konstanten Forderungen der ukrainischen Regierung gegenüber eher ablehnend aufstellen. Damit wäre dann ein Krieg nicht mehr zu gewinnen.

Das Friedensdilemma

Die hier aufgeführten Argumente sind rein machtpolitische Überlegungen, wie sie Großmächte verfolgen könnten. Das zu verstehen, wäre wichtig. Aber sie zeigen auch die ganze Perversion dieses Krieges auf und das Dilemma, mit der jede Friedensbewegung konfrontiert ist. Denn kein Mensch sollte hoffen, dass es erst zu einer Zerstörung der Ukraine kommen muss, um über einen Frieden zu verhandeln und keiner sollte sich eine Verschärfung des Konfliktes mit China mit der Gefahr eines weiteren Krieges wünschen, um in der Ukraine endlich zu einer Friedensvereinbarung zu kommen. Auch wäre es für die leidenden Menschen in der Ukraine katastrophal, sollte sich die öffentliche Meinung im Westen gegen die Ukraine wenden. Sie werden noch sehr lange eine westliche Unterstützung brauchen – auch und gerade in Friedenszeiten.

Es müsste doch einen anderen Weg zu einem Frieden geben können. Den kann es aber nur geben, wenn wir aufhören zu glauben, dass nur Waffen oder die Annexion fremder Landesteile einen Frieden bringen können, wenn wir akzeptieren, dass die Welt nicht nur dem Westen gehört, es keine alleinige Weltmacht USA geben wird und die Ausweitung der NATO nicht zur Stabilität in Europa beiträgt. Da Staaten hier versagen, kann nur eine erstarkende Friedensbewegung von Lissabon bis Wladiwostok etwas erreichen. Nur gibt es diese Friedensbewegung nicht – zumindest jetzt noch nicht.

Redaktionelle Nachbemerkung:

Es ist gut, dass Michael von der Schulenburg auslotet, was helfen könnte, die USA zu einem Verhandlungsfrieden mit Russland zu bewegen. Er nennt drei Motive. Beim dritten Motiv, bei der Diagnose „Die öffentliche Meinung in westlichen Ländern wendet sich zunehmend gegen den Krieg“ bin ich ausgesprochen unsicher. Leider. Nach meinem Eindruck hat sich zum Beispiel die vermutlich vor zehn Jahren noch fest verankerte Meinung, Frieden mit Russland haben und sichern zu wollen, verflüchtigt. Wir müssen heute beobachten, dass an jeder Ecke Propaganda gegen Russland und auch für Krieg – und für Waffenlieferungen ohnehin – gemacht wird. Nur ein Beispiel dafür: [Gestern Abend in Hart aber fair](#). Da haben alle Gesprächsteilnehmer zum Beispiel die Personalisierung des Konfliktes mitgemacht und weiterbefördert: Putin Putin Putin. Diese Personalisierung hilft dabei, die Kriegsbereitschaft anzustacheln. Andere, erkennbar abgesprochene und wiederholte Botschaften wie die Erzählung, Putin und die Russen würden vor allem zivile Einrichtungen zerstören, tun das ihre dazu, dass sich die öffentliche Meinung in den westlichen Ländern eben nicht zunehmend gegen den Krieg wendet, wie Autor von der Schulenburg meint. – Das bleibt anzumerken, obwohl ansonsten das Stückchen Optimismus im Text durchaus guttut. Albrecht Müller.

Michael von der Schulenburg, ostdeutscher Herkunft, seit 1969 Flucht nach W-Deutschland, ist ein ehemaliger Assistant Secretary-General der UNO; Studien in Berlin, London und Paris; war über 34 Jahre für die UNO tätig, danach kurz auch für die OSZE. Hatte längerfristige Missionen in Haiti, Pakistan, Afghanistan, Iran, Irak und Sierra Leone sowie kurzfristige Einsätze in Syrien, Balkan, Somalia, Sahel und Zentralasien. 2017 publizierte er das Buch „On Building Peace – rescuing the Nation-State and saving the United Nations“. E-Mail: contact@michael-von-der-schulenburg.com

* Dies ist die überarbeitete Fassung eines Redebeitrags Schulenburgs auf dem **Kassler Friedensratschlag** am 11.12.2022.

<https://www.telepolis.de/features/So-werden-Joe-Bidens-Mitarbeiter-von-der-Ruestungsindustrie-gesteuert-4960362.html>

So werden Joe Bidens Mitarbeiter von der Rüstungsindustrie gesteuert

16. November 2020 [Harald Neuber](#)



Feier zum 75. Geburtstag von Joe Biden, links im Bild Kamala Harris. Geht die Party nun mit der Rüstungsindustrie weiter? (Quelle: [@SenKamalaHarris](#), Lizenz: Public Domain)

Ein Drittel des Teams für das Verteidigungsministerium mit Kontakten zu Waffenkonzernen und Lobbygruppen. Auch Kamala Harris hat ein dunkles Geheimnis

Im Juli 2019 bekräftigte Joe Biden – damals inmitten des Wahlkampfes um die US-Präsidentschaft – in einer [programmatischen Rede zur Außenpolitik](#), es sei "an der Zeit, die ewigen Kriege zu beenden, die uns unermessliche Mengen an Blut und Geld abverlangt haben". Nun aber rekrutiert der designierte Präsident für sein Kabinett Spitzenpersonal mit engen Verbindungen zur Rüstungsindustrie. Darauf weisen zunehmend alternative Medien in den USA hin, während der Mainstream über den Anti-Trump Joe Biden und seine Vizepräsidentin Kamala Harris, die erste Afroamerikanerin und Frau auf dem Posten, jubeln.

Die Realität sieht freilich anders aus: Biden war als Vizepräsident unter Barack Obama nicht nur für die Kriege im Jemen, in Libyen, Afghanistan und anderen Ländern mitverantwortlich. Er holt nun Lobbyisten eben jener Industrie ins sein Regierungsboot, die unmittelbar von diesen "ewigen Kriegen" profitiert.

Das zeigte sich auch am Dienstag vergangener Woche, als Biden seine sogenannten [Überprüfungsteams für die US-Behörden und Ministerien vorstellte](#). Diese Teams seien "dafür verantwortlich, die Geschäfte jeder Behörde zu erfassen, eine reibungslose Übergabe zu organisieren und sich zu gewährleisten, dass der designierte Präsident Biden und die designierte Vizepräsidentin Harris sowie ihr Kabinett vom ersten Tag an einsatzbereit sind".

Und nun wird es spannend: Von den 23 Personen des Überprüfungsteams für das US-Verteidigungsministerium, führen acht – also etwas mehr als ein Drittel – als ihre letzten Arbeitgeber Organisationen, Think Tanks oder Unternehmen an, die entweder direkt Geld von der

Rüstungsindustrie erhalten haben oder dieser Branche unmittelbar zuzurechnen sind, wie Sarah Lazare vom US-Onlineportal In These Times schreibt. Tatsächlich mag die Zahl der freiwilligen oder bezahlten Mitarbeiter der Übergangsteams von Biden und Harris höher sein. Es hat schlicht noch niemand die Hintergründe aller Mitarbeiter der "Transition Teams" systematisch untersucht.

Spur zu Rüstungskonzernen und Erdölunternehmen

Das Zentrum für strategische und internationale Studien (Center for Strategic and International Studies, CSIS) wird von drei Personen im Überprüfungsteam für das Verteidigungsministerium aufgeführt: Das betrifft Kathleen Hicks, eine ehemalige Mitarbeiterin des Verteidigungsministeriums unter Obama, Melissa Dalton und Andrew Hunter.

"CSIS ist eine offensiv auftretende und einflussreiche außenpolitische Denkfabrik, die von den Rüstungsunternehmen General Dynamics Corporation, Raytheon, der Northrop Grumman Corporation, der Lockheed Martin Corporation und anderen Waffenherstellern und Rüstungsunternehmen sowie von Erdölkonzernen finanziert wird", schreibt Lazare.

Raytheon indes ist einer der Hauptlieferanten von Bomben für den US-saudischen Krieg im Jemen. Das Unternehmen hat aggressiv Lobbyarbeit betrieben, um jegliche Beschränkung der Waffenverkäufe an die von den Saudis geführte Koalition zu verhindern.

Zu den Waffen, die Northrop Grumman herstellt, gehören unter anderem Drohnen, die vom US-Militär in Afghanistan, Irak, Somalia und andernorts eingesetzt wurden.

Eine Recherche der New York Times ergab 2016, dass CSIS als Lobbygruppe der Rüstungsindustrie fungiert. Das Blatt stützte seine Recherche auf geleakte E-Mails, die die Verbindungen belegen. Daraus ging auch hervor, dass CSIS auf eine Ausweitung von Drohnenverkäufen drängte.

Department of Defense

Name	Most Recent Employment	Source of Funding
Kath Hicks, Team Lead	Center for Strategic and International Studies	Volunteer
Susanna Blume	Center for a New American Security	Volunteer
Sharon Burke	New America	Volunteer
Lisa Coe	OtherSide Consulting, LLC	Volunteer
Melissa Dalton	Center for Strategic and International Studies	Volunteer
John Estrada	Department of State (Retired)	Volunteer
Victor Garcia	Rebellion Defense	Volunteer
Karen Gibson	Self-employed	Volunteer
Michelle Howard	George Washington University, The Elliott School of International Affairs	Volunteer
Andrew Hunter	Center for Strategic and International Studies	Volunteer

"Transition Team" für das Verteidigungsministerium: Zahlreiche Kontakte zu Rüstungsindustrie und Lobbygruppen (Quelle: buildbackbetter.com, Screenshot)

Lockheed Martin ist ein Hauptauftragnehmer für das THAAD-Raketensystem in Südkorea – ein System, für das sich CSIS ebenfalls eingesetzt hat, ohne seinen Interessenkonflikt offenzulegen. Das Unternehmen stellte auch die Bombe her, die im August 2018 in einen Schulbus im Nordjemen einschlug und mindestens 26 Kinder tötete.

CSIS erhält zudem Geld von Regierungen, darunter der US-Regierung und dem Regime der Vereinigten Arabischen Emirate, die mit Saudi-Arabien den Krieg im Jemen führen. Darüber hinaus erhält CSIS Gelder von der staatlichen Erdölgesellschaft Saudi Aramco. Konkreter: Der Think Tank profitiert von Geldgeschenken des saudischen Regimes.

Auch Kamala Harris profitierte indirekt von Geld der Rüstungsindustrie

Zwei Mitglieder von Bidens Überprüfungsteams für das Verteidigungsministerium, Ely Ratner und Susanna Blume, haben das Zentrum für eine Neue Amerikanische Sicherheit (Center for a New American Security, CNAS) unter ihren letzten Arbeitgeber aufgeführt. Das CNAS erhält einen beträchtlichen Teil seines Geldes von der Northrop Grumman Corporation, vom US-Außenministerium – jeweils 500.000 US-Dollar oder mehr pro Jahr –, von Lockheed Martin, Raytheon und Erdölkonzernen.

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Die designierte Vizepräsidentin Kamala Harris wurde während ihrer Wahlkampagne [in erheblichem Maße vom CNAS unterstützt](#). Der Think Tank ist dafür bekannt, dass er sowohl für eine militärische Außenpolitik als auch für eine harte Linie gegenüber Russland und China plädiert.

Drei Personen aus dem genannten Team, Stacie Pettyjohn, Terri Tanielian und Christine Wormuth – letztere ist eine ehemalige Verteidigungspolitikerin unter Obama –, kommen direkt von der RAND Corporation, einer offensiv auftretenden Denkfabrik, [die erhebliche Mittel von der US-Armee und dem Heimatschutzministerium erhält](#).

"Es hat schon eine gewisse Aussagekraft, dass die hier vertretenen Think-Tanks – RAND, CSIS und CNAS – zugleich zu den Hauptempfängern von Mitteln des Verteidigungsministeriums und von Auftragnehmern des Verteidigungsministeriums zählen", sagt Ben Freeman von der Nichtregierungsorganisation Foreign Influence Transparency Initiative, die einen [Bericht über die Finanzierung von Think-Tanks](#) verfasst hat. Freeman weiter:

"CNAS und CSIS stehen an der ersten und zweiten Stelle derjenigen Organisationen, die in den vergangenen sechs Jahren Spenden von Auftragnehmern des US-Verteidigungsministeriums erhalten haben. RAND ist unter den Think Tanks mit weitem Abstand der Empfänger der meisten Zuwendungen durch das Verteidigungsministerium".

Sharon Burke, die dem "Übergangsteam" von Biden angehört, arbeitet zudem für die [Lobbyorganisation New America](#), die sich als "nationales Netzwerk innovativer Problemlöser" bezeichnet. Die Organisation wird von Raytheon, Northrop Grumman, General Atomics Aeronautical Systems und dem U.S. Army War College [finanziert](#).

Sammelsurium von Lobbygruppen

Als jüngster Arbeitgeber von Shawn Skelly wird von Bidens Übergangsteam CACI International genannt, ein Unternehmen, das IT für militärische Waffensysteme der USA verkauft. Gegen CACI ist eine [Klage irakischer Staatsbürger anhängig](#), die in dem berüchtigten US-Militärgefängnis Abu Ghraib inhaftiert waren. In der Klagebegründung heißt es, CACI sei unmittelbar für die dort erlittene Folter verantwortlich.

Biden-Mitarbeiter Victor Garcia nennt "Rebellion Defense" als seinen jüngsten Arbeitgeber. Dieses Softwareunternehmen [arbeitet nach eigenen Angaben mit Verteidigungs- und Sicherheitsbehörden der USA zusammen](#)". Die Firma wurde von ehemaligen Verteidigungsbeamten gegründet und "analysiert Videos, die von Drohnen aufgenommen wurden", [so die New York Times](#).

Ein weiteres Mitglied des Biden-Teams, das den Regierungswechsel vorbereiten soll, arbeitet für JPMorgan Chase & Co.; eine Person ist aus dem Außenministerium ausgeschieden, eine andere arbeitet für die Nuclear Threat Initiative, die laut New York Times "katastrophale Angriffe mit Massenvernichtungswaffen – nukleare, biologische, radiologische, chemische und Cyber-Angriffe – verhindern will".

Lisa Coe, die ebenfalls zum genannten Team gehört, [führt laut Defense News](#) als jüngsten Arbeitgeber OtherSide Consulting auf, eine Beratungsfirma für die Rüstungsindustrie.

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Farooq Mitha, ebenfalls Mitglied des Überprüfungsteams für das Verteidigungsministerium, gehört dem Vorstand von Engage an, einer Organisation, die für ihre Parteinahme für anti-palästinensische Organisationen in der Kritik stand.

Kritik der Friedensbewegung und von Basisgruppen

"Dass Biden ein Team von Leuten mit Verbindungen zu Waffenschmiedern und dem militärisch-industriellen Komplex aufbaut, zeigt eindrücklich, **wie Militarismus und Imperialismus parteiübergreifend Einfluss ausüben**", sagt Sidney Miralao, ein Organisator von Dissenters, einer Gruppe, die sich gegen US-Militarismus und Rüstungsindustrie engagiert:

"Demokraten und Republikaner sind gleichermaßen Garanten für Krieg und Gewalt im In- und Ausland. Indem Biden und sein Team die Tradition eines regen Personalaustauschs mit der Rüstungsindustrie fortführen, begünstigen sie ein weiteres Wachstum des Militärs und stützen die These, dass Krieg für die Sicherheit notwendig ist."

Während seines Wahlkampfes hatte Biden noch versucht, auf führende Akteure des linken Flügels der Demokraten zuzugehen, allen voran Senator Bernie Sanders. Mit Sanders' Unterstützern bildete er eine gemeinsame Task Force, die eine Reihe von Empfehlungen – von Klima bis zu Arbeitsmarktpolitik – aussprach. "Doch bei diesen Abstimmungen wurden die Themen Krieg und Militarismus weitgehend ausgespart", schreibt Lazare. Kritiker einer militaristischen US-Außenpolitik fürchteten daher, dass eine Biden-Regierung Kriege fortsetzen und neu beginnen werde.



Protest gegen den Irak-Krieg in den USA im Jahr 2008 (Quelle: Ben Schumin, Lizenz: CC BY-SA 2.0)

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

"Biden spielte eine einflussreiche Rolle bei der Unterstützung der US-Invasion im Irak im Jahr 2003, er hat die israelische Aggression gegen Palästinenser während seiner gesamten Karriere unterstützt sowie die unbefristete Besetzung Afghanistans verteidigt", so Lazare.

Biden könne schon vor Amtsantritt wieder vergessen haben, wer ihn zum Sieg verholfen hat, befürchtet Ramón Mejía, der bei der Grassroots Global Justice Alliance, einem Bündnis von Gemeindeorganisationen, für die antimilitaristische Arbeit zuständig ist. "Der einzige Grund, warum er zum Präsidenten gewählt wurde, ist, dass schwarze, braune und indigene Jugendliche aktiv geworden sind, um Trumps Faschismus abzuwählen." Biden solle daher nicht denselben Fehler machen, für den die US-Demokraten berüchtigt seien: die Leute im Stich zu lassen, die ihnen zur Regierung verhelfen.

"Eine fortlaufende Kriegspolitik und Unterordnung unter Konzerninteressen werden (für eine Biden-Regierung) zum Verhängnis werden", ist sich Mejía sicher: "Wir müssen den größten Teil der Gelder endlich aus einer auf Kriegsführung ausgerichteten Rohstoffwirtschaft abziehen, um Investitionen in eine lebenserhaltende, regenerative Wirtschaftsordnung zu ermöglichen."

In einem Gastbeitrag für Telepolis hatte die US-amerikanische Aktivistin Mariamne Everett unlängst ebenfalls darauf hingewiesen, dass aussichtsreiche Anwärter für Kabinettposten unter Biden direkte Kontakte zur Rüstungsindustrie unterhalten (Bildet Joe Biden ein Kriegskabinett?).

Redaktioneller Hinweis: Der Text orientiert sich in großen Teilen am Original der Autorin Sarah Lazare, die im Text genannt wird und deren Beitrag „One Third of Biden's Pentagon Transition Team Hails From Organizations Financed by the Weapons Industry“ in unserem Beitrag verlinkt ist. Wir bitten um Nachsicht, dass die Quelle nicht hinreichend kenntlich gemacht wurde. (Harald Neuber)

[Können Nato und Pentagon einen diplomatischen Ausweg in der Ukraine finden? | Telepolis](#)

Können Nato und Pentagon einen diplomatischen Ausweg in der Ukraine finden?

09. Januar 2023 [Medea Benjamin](#), [Nicolas J.S. Davies](#)



Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

US-Verteidigungsminister Lloyd J. Austin und der Stabschef der US-Streitkräfte, General Mark Milley, bei einer Pressekonferenz zur Ukraine auf der Air Base Ramstein in Deutschland im September 2022. Bild: Chad J. McNeeley / CC BY 2.0

Die US-Politik in der Ukraine befindet sich in der Sackgasse. Man befürchtet, nicht mehr ernst genommen zu werden. Daher die Logik: Gegner einschüchtern, trotz der unvorstellbar realen Gefahr einer Eskalation. Was tun?

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg, der für seine entschiedene Unterstützung der Ukraine bekannt ist, hat kürzlich in einem Fernsehinterview in seinem Heimatland Norwegen **seine größte Befürchtung für diesen Winter geäußert: dass die Kämpfe in der Ukraine außer Kontrolle geraten und zu einem großen Krieg zwischen der Nato und Russland führen könnten**. "Wenn die Dinge schief gehen", warnte er gravitatisch, "können sie furchtbar schief gehen".

Das war ein seltenes Eingeständnis von jemandem, der sehr stark in den Krieg involviert ist. Es spiegelt den Zwiespalt wider zwischen den jüngsten Erklärungen der politischen Führer der USA und der Nato auf der einen und denen der Militärs auf der anderen Seite.



Medea Benjamin ist die Mitbegründerin der US-Friedensorganisation CODEPINK und Buchautorin.

Die politisch Verantwortlichen scheinen immer noch an einem langen, unbefristeten Krieg in der Ukraine festhalten zu wollen, während militärische Führer wie der Stabschef der Streitkräfte der Vereinigten Staaten, General Mark Milley, sich zu Wort gemeldet und die Ukraine aufgefordert haben, "die Gunst der Stunde zu nutzen" und Friedensgespräche zu führen.

Admiral im Ruhestand Michael Mullen, ein ehemaliger Stabschef, meldete sich als erster zu Wort, vielleicht um Milley auf die Sprünge zu helfen, indem er dem Sender ABC News sagte, die Vereinigten Staaten sollten "alles in ihrer Macht Stehende tun, um zu versuchen, sich an den Verhandlungstisch zu setzen, um diese Sache zu lösen".

Die Asia Times berichtete, **dass andere führende Militärs der Nato Milleys Ansicht teilen**, dass weder Russland noch die Ukraine einen eindeutigen militärischen Sieg erringen können, während französische und deutsche Militärs zu dem Schluss kommen, dass die stärkere

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4
Verhandlungsposition, die die Ukraine durch ihre jüngsten militärischen Erfolge erlangt habe, nur von kurzer Dauer sein werde, wenn man Milleys Rat nicht beherzigt.



Nicolas J. S. Davies ist Buchautor und recherchiert für CODEPINK.

Warum also sprechen sich die **militärischen Spitzen der USA und der Nato so eindringlich gegen die Aufrechterhaltung ihrer eigenen zentralen Rolle im Krieg in der Ukraine aus?** Und warum sehen sie eine solche Gefahr auf sich zukommen, wenn ihre politischen Vorgesetzten ihre Hinweise, auf Diplomatie zu setzen, ignorieren?

Eine vom Pentagon in Auftrag gegebene Studie der Rand Corporation mit dem Titel "Responding to a Russian Attack on Nato During the Ukraine War" ("Wie auf einen russischen Angriff auf die Nato während des Ukraine-Krieges geantwortet werden könne") gibt Aufschluss darüber, was Milley und seine Militärkollegen so alarmierend finden.

In der Studie werden die Möglichkeiten der USA untersucht, **auf vier Szenarien zu reagieren, in denen Russland eine Reihe von Nato-Zielen angreift.** Das reicht von Angriffen auf US-Geheimdienstsatelliten oder einem Nato-Waffendepot in Polen bis hin zu größeren Raketenangriffen auf Nato-Luftwaffenstützpunkte und Häfen, darunter der US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein in Deutschland und der Hafen von Rotterdam.

Diese vier Szenarien sind allesamt hypothetisch und setzen eine russische Eskalation über die Grenzen der Ukraine voraus. Die Analyse der Autoren zeigt jedoch, wie schmal und brüchig der Grat ist zwischen **begrenzten sowie angemessenen militärischen Reaktionen auf eine russische Eskalation und einer Eskalationsspirale, die außer Kontrolle geraten und zu einem Atomkrieg führen kann.**

Der letzte Satz der Schlussfolgerung der Studie lautet:

Der mögliche Einsatz von Atomwaffen verleiht dem Ziel der USA zusätzliche Dringlichkeit, eine weitere Eskalation zu vermeiden – ein Ziel, das nach einem begrenzten konventionellen Angriff Russlands immer wichtiger erscheint.

Andere Teile der Studie sprechen sich jedoch gegen eine Deeskalation oder gemäßigte Reaktionen auf russische Eskalationen aus. Sie stützen sich dabei auf dieselben Bedenken hinsichtlich der "Glaubwürdigkeit" der USA, die für verheerende und letztlich sinnlose Eskalationsrunden in Vietnam, Irak, Afghanistan und anderen Kriegen, die verloren wurden, verantwortlich gewesen sind.

Die politische Führung der USA fürchtet stets, dass ihre Feinde (zu denen inzwischen auch China gehört) zu dem Schluss kommen könnten, dass es möglich sei, mit militärischen Mitteln die US-Politik entscheidend zu beeinflussen und die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten zum Rückzug zu zwingen, wenn sie nicht energisch genug auf sie reagieren. Eskalationen, die von solchen Befürchtungen angetrieben werden, haben jedoch stets nur zu noch weitergehenden und demütigenden Niederlagen der USA geführt.

In der Ukraine werden die Bedenken Washingtons hinsichtlich der "Glaubwürdigkeit" dadurch noch verstärkt, dass die USA ihren Verbündeten beweisen müssen, dass der Artikel 5 der Nato – der besagt, dass ein Angriff auf ein Nato-Mitglied als ein Angriff auf alle angesehen wird – eine wirklich wasserdichte Verteidigungspflicht darstellt.

Die US-Politik in der Ukraine befindet sich also in einem Spannungsfeld zwischen dem Bedürfnis nach Feind-Einschüchterung sowie Unterstützung von Verbündeten einerseits und den unvorstellbaren realen Gefahren einer Eskalation andererseits. Wenn die US-Führung weiterhin so handelt wie in der Vergangenheit und auf Eskalation setzt, um nicht an "Glaubwürdigkeit" zu verlieren, wird sie weiter mit dem Atomkrieg flirten. Die Gefahr wird mit jeder Drehung der Eskalationsspirale zunehmen.

Biden und Johnson haben westliche Ukraine-Politik verpfuscht

Während den Kriegsherren und -damen in Washington und den Nato-Hauptstädten langsam dämmert, dass es keine "militärische Lösung" gibt, fließen still und heimlich versöhnlichere Äußerungen in ihre öffentlichen Statements ein. Insbesondere ersetzen sie ihr früheres Beharren darauf, dass in der Ukraine die Grenzen von vor 2014 wiederhergestellt werden müssen – würde eine Rückgabe des gesamten Donbass und der Krim bedeuten –, durch die Aufforderung an Russland, sich nur noch auf die Positionen zurückzuziehen, die vor dem 24. Februar 2022 eingenommen wurden. Dem hatte Russland bei Verhandlungen in der Türkei bereits im März zugestimmt.

US-Außenminister Antony Blinken erklärte am 5. Dezember gegenüber dem *Wall Street Journal*, dass das Ziel des Krieges nun darin bestehe, "Territorium zurückzuerobern, das seit dem 24. Februar von der [Ukraine] beschlagnahmt worden ist". Das WSJ berichtete, dass "zwei europäische Diplomaten... sagten, dass [der Nationale Sicherheitsberater der USA, Jake] Sullivan dem Team von Selenskyj empfohlen habe, über realistische Forderungen und Prioritäten für die Verhandlungen nachzudenken, **einschließlich eines Überdenkens des erklärten Ziels**, dass die Ukraine die 2014 annektierte Krim zurückerobert."

In einem anderen Artikel zitierte das Wall Street Journal deutsche Beamte mit den Worten: "Sie halten es für unrealistisch zu erwarten, dass die russischen Truppen vollständig aus allen besetzten Gebieten abgezogen werden", während britische Beamte als Mindestgrundlage für Verhandlungen die Bereitschaft Russlands definierten, "sich auf die Positionen zurückzuziehen, die es am 23. Februar besetzt hatte."

Eine der ersten Handlungen von Rishi Sunak als britischer Premierminister Ende Oktober bestand darin, dass sein Verteidigungsminister Ben Wallace den russischen Verteidigungsminister Sergej Schoigu zum ersten Mal seit der russischen Invasion im Februar

anrief. Wallace teilte Shoigu mit, dass Großbritannien eine Deeskalation des Konflikts anstrebe – eine deutliche Abkehr von der Politik der früheren Premierminister Boris Johnson und Liz Truss.

Ein wichtiger Stolperstein, der westliche Diplomaten vom Friedentisch fernhält, ist die maximalistische Rhetorik und Verhandlungsposition von Präsident Selenskyj und der ukrainischen Regierung, die seit April darauf besteht, dass sie sich mit nichts zufrieden geben wird, was nicht die volle Souveränität über jeden Zentimeter des Territoriums beinhaltet, das die Ukraine vor 2014 besaß.

Diese maximalistische Position ist jedoch eine bemerkenswerte Abkehr von der Position, die die Ukraine bei den Waffenstillstandsgesprächen in der Türkei im März einnahm, als sie sich bereit erklärte, im Gegenzug für einen russischen Rückzug auf Positionen vor der Invasion ihre Ambitionen auf einen Nato-Beitritt aufzugeben und keine ausländischen Militärstützpunkte zu unterhalten. Bei den Gesprächen erklärte sich die Ukraine bereit, über die Zukunft des Donbass zu verhandeln und eine endgültige Entscheidung über die Zukunft der Krim um bis zu 15 Jahre zu verschieben.

Die Financial Times berichtete am 16. März über diesen 15-Punkte-Friedensplan. Selenskyj erläuterte seinem Volk in einer landesweiten Fernsehsendung am 27. März das "Neutralitätsabkommen" und versprach, es einem nationalen Referendum zu unterziehen, bevor es in Kraft treten könne.

Der britische Premierminister Boris Johnson intervenierte jedoch am 9. April und hob das Abkommen auf. Er erklärte Selenskyj, dass das Vereinigte Königreich und der "kollektive Westen" "auf lange Sicht" hinter der Ukraine stünden und sie in einem langen Krieg unterstützen würden, aber keine Vereinbarungen zwischen der Ukraine und Russland unterzeichnen würden.

Das erklärt, warum Selenskyj jetzt so beleidigt ist über westliche Vorschläge, er solle an den Verhandlungstisch zurückkehren. Der in Ungnade gefallene Johnson ist inzwischen zurückgetreten. Er lässt nun Selenskyj und das ukrainische Volk zurück, die sich beide weiter an Johnsons Versprechen hängen.

Im April letzten Jahres behauptete Johnson, er spreche im Namen des "kollektiven Westens", aber nur die Vereinigten Staaten vertraten öffentlich eine ähnliche Position, während Frankreich, Deutschland und Italien im Mai zu neuen Waffenstillstandsverhandlungen aufriefen.

Jetzt hat Johnson selbst eine Kehrtwende vollzogen und schrieb in einem Leitartikel für das Wall Street Journal am 9. Dezember nur noch, dass "die russischen Streitkräfte auf die De-facto-Grenze vom 24. Februar zurückgedrängt werden müssen".

Johnson und Biden haben die westliche Ukraine-Politik verpfuscht, indem sie sich auf eine Politik des bedingungslosen, endlosen Krieges versteift haben, die von den Militärberatern der Nato aus guten Gründen abgelehnt wird: um einen Dritten Weltkrieg zu vermeiden, den Biden selbst zu verhindern versprochen hat.

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Die Staats- und Regierungschefs der USA und der Nato machen nun endlich kleine Schritte in Richtung Verhandlungen, aber die entscheidende Frage, mit der die Welt im Jahr 2023 konfrontiert sein wird, ist, ob sich die Kriegsparteien an den Verhandlungstisch setzen werden, **bevor die Spirale der Eskalation katastrophal außer Kontrolle gerät.**

Der Artikel erscheint in Kooperation mit dem US-Nachrichtenmedium Common Dreams. Dort findet er sich [im englischen Original](#). Übersetzung: David Goetzmann.

Medea Benjamin ist die Mitbegründerin von CODEPINK und der Menschenrechtsgruppe Global Exchange. Seit mehr als 40 Jahren setzt sie sich für soziale Gerechtigkeit ein. Sie ist Autorin von zehn Büchern, darunter "Drone Warfare: Killing by Remote Control", "Kingdom of the Unjust: Behind the US-Saudi Connection" und "Inside Iran: The Real History and Politics of the Islamic Republic of Iran". Ihre Artikel erscheinen regelmäßig in Medien wie *Znet, The Guardian, The Huffington Post, CommonDreams, Alternet* und *The Hill*.

Nicolas J. S. Davies recherchiert für "CODEPINK: Women for Peace" und ist Buchautor, u.a. von "Blood On Our Hands: the American Invasion and Destruction of Iraq. Zusammen mit Medea Benjamin hat er gerade "War in Ukraine: Making Sense of a Senseless Conflict" veröffentlicht.

<https://www.telepolis.de/features/Drei-Szenarien-Wohin-der-Ukraine-Krieg-im-Jahr-2023-fuehren-koennte-7456227.html>

Drei Szenarien: Wohin der Ukraine-Krieg im Jahr 2023 führen könnte

12. Januar 2023 [Anatol Lieven](#)



Ukrainische Soldaten im Schützengraben. Bild: [АрміяInform](#)

Die militärischen Gewinne und Verluste werden bestimmen, wie der Konflikt sich entwickelt. Die wahrscheinlichsten drei Szenarien sind verbunden mit Problemen und Gefahren. Worauf man sich einstellen sollte.

Wie in jedem Krieg wird der wichtigste Faktor für den künftigen Verlauf des Ukraine-Konflikts letztlich das sein, was auf dem Schlachtfeld geschieht. Es gibt im Wesentlichen drei Möglichkeiten, wobei jede von ihnen eine Reihe potenzieller Konsequenzen nach sich ziehen würde: ein ukrainischer Durchbruch, ein russischer Durchbruch und eine Pattsituation, die in etwa den derzeitigen militärischen Frontverläufen entspricht.

Angesichts der zunehmenden Zahl russischer Streitkräfte, die sich mit massiver Artillerieunterstützung entlang verkürzter Frontlinien verschanzt haben, wird es für die ukrainische Armee eine große Herausforderung sein, einen Durchbruch zu erzielen. Nichtsdestotrotz haben die Ukrainer die Welt seit Beginn der russischen Invasion so oft in Erstaunen versetzt, dass weitere Siege nicht auszuschließen sind.



Anatol Lieven ist Senior Research Fellow für Russland und Europa am Quincy Institute for Responsible Statecraft.

Sollte es den ukrainischen Truppen gelingen, bis zum Asowschen Meer durchzubrechen sowie die Krim zu isolieren bzw. einen großen Teil der von Russland seit 2014 unterstützten Separatisten-Region im Osten des Donbass zurückzuerobern, dann ist es wahrscheinlich, dass Russland als Reaktion darauf eine drastische Eskalation androhen und möglicherweise auch durchführen würde.

Das könnte mit der symbolischen Bombardierung (mit konventionellen Raketen) von Nato-Luftwaffenstützpunkten oder Nachschublinien in Polen oder Rumänien beginnen. In jedem Fall würde der Kreml damit darauf abzielen, die Möglichkeit des Abgleitens in einen Atomkrieg zwischen Russland und den Vereinigten Staaten zu erhöhen.

Ein solcher russischer Angriff würde höchstwahrscheinlich eine begrenzte und eine dem Angriff entsprechende militärische Antwort der USA nach sich ziehen (z.B. die Bombardierung eines russischen Stützpunktes im besetzten Teil der Ukraine). Angesichts der Gefahr eines Nuklearkriegs würden jedoch auch einflussreiche Stimmen in den Vereinigten Staaten und Europa wohl zu einem Waffenstillstand in der Ukraine aufrufen.

Ihr Argument wäre, dass Kiew einen ausreichenden Sieg errungen hat, bei dem es fast alle Gebiete zurückerobern konnte, die es seit der russischen Invasion im Februar 2022 verlor (wenn auch nicht die meisten der von Russland und seinen dortigen Verbündeten seit 2014 besetzten Gebiete). Für den Westen wäre es einfacher, einen Waffenstillstand vorzuschlagen, wenn eine weitere russische Niederlage zum Sturz von Präsident Putin führte, da das dann als großer westlicher und ukrainischer Erfolg gesehen würde.

In solch einem Szenario, in dem sich die Ukraine auf dem Weg zu einem vollständigen Sieg befände, würden Bemühungen um einen Waffenstillstand jedoch auf heftigen Widerstand seitens der ukrainischen Regierung, bestimmter Nato-Mitglieder, darunter Polen und die baltischen Staaten, sowie wichtiger Teile des politischen Establishments und der Medien in den USA stoßen. Der Ausgang einer derart krisenhaften Zuspitzung lässt sich daher nicht vorhersagen. **Das Risiko einer Eskalation zu einem alles umfassenden Krieg zwischen der Nato und Russland wäre jedoch extrem hoch.**

Bild 1 von 15

Die militärische Entwicklung im Ukraine-Krieg



Frontverlauf am 26. Februar 2022

Eine russische Offensive, die zu einem siegreichen Durchbruch führte, scheint im Moment nicht geplant zu sein, abgesehen von begrenzten Vorstößen zur Einnahme der Stadt Bachmut im westlichen Donbass. Alles deutet darauf hin, dass die russischen Streitkräfte ihre bestehenden Linien sichern wollen, um weitere ukrainische Erfolge wie die Rückeroberung des östlichen Teils der Region Charkiw und der Stadt Cherson zu verhindern.

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Sollte die ukrainische Armee jedoch in den nächsten Monaten bei missglückten Offensiven schwere Verluste erleiden und ihre Munitionsvorräte und gepanzerten Fahrzeuge aufbrauchen, dann könnte eine erfolgreiche russische Gegenoffensive durchaus möglich sein.

Die Tücken eines Waffenstillstands ohne echte Friedensverhandlungen

Westlichen Geheimdienstschätzungen zufolge sind die ukrainischen und russischen Verluste in etwa gleich hoch – **wobei Russland dreieinhalbmal so viel Einwohner wie die Ukraine hat.** In den ersten Monaten des Krieges wurde Russlands zahlenmäßiger Vorsprung dadurch zunichtegemacht, dass das Putin-Regime (aus innenpolitischen Gründen) nicht bereit war, Wehrpflichtige in den Einsatz zu schicken und Reservisten zu mobilisieren. Dieser Mangel **wird nun durch die Einberufung von 300.000 zusätzlichen Soldaten** (wenn auch von sehr fragwürdiger Qualität) behoben.

Russland produziert auch wesentlich mehr Artilleriegranaten als die Ukraine herstellt bzw. vom Westen erhält. Es ist aber nicht klar, inwieweit eine erhöhte US-Produktion diesen Mangel in den nächsten Monaten ausgleichen kann.

In Anbetracht der bisherigen Bilanz und der anhaltenden Einschränkungen in Hinsicht auf Truppenstärke, Panzer und Munition besteht jedoch keine realistische Chance, dass ein russischer Durchbruch zur Einnahme von Kiew führen könnte. Es ist nicht einmal im Entferntesten wahrscheinlich, dass Russland Charkiw einnehmen könnte. Der Rückzug Russlands aus der Region Cherson auf das linke östliche Ufer des Dnepr macht eine Offensive gegen die ukrainischen Schwarzmeerhäfen Mykolajiw und Odessa praktisch unmöglich.

Sollte Russland jedoch die gesamte Donbass-Region erobern und die Landbrücke zur Krim verstärken, wäre es sehr wahrscheinlich, dass Putin dann behaupten wird, die wichtigsten russischen Ziele (die zu Beginn der Invasion festgelegt wurden) seien erreicht worden. Moskau könnte dann einen Waffenstillstand und Friedensgespräche ohne Vorbedingungen anbieten.

Ein solches russisches Angebot würde zugleich tiefe Gräben innerhalb des Westens einerseits und zwischen den westlichen Ländern und der Ukraine andererseits aufreißen. Denn angesichts der in weite Ferne gerückten Möglichkeit eines ukrainischen Siegs und der Aussicht auf einen nicht enden wollenden Krieg, würden viele im Westen argumentieren, dass ein Waffenstillstand das beste Angebot ist, das die Ukraine jemals erhalten könnte.

Diese Argumentlinie würde gestärkt dadurch, dass nur ein stabiler Waffenstillstand die Zerstörung der ukrainischen Infrastruktur durch Russland beenden und es der Ukraine und ihren Partnern ermöglichen würde, den langen und sehr kostspieligen Prozess des Wiederaufbaus der ukrainischen Wirtschaft zu beginnen, um Kiews Hoffnungen auf einen Beitritt zur Europäischen Union zu fördern.

Das könnte auch bei einigen pragmatischen Ukrainern Anklang finden, die der Ansicht sind, dass ein Waffenstillstand und damit verbundenes wirtschaftliches Wachstum es der Ukraine ermöglichen könnte, das Militär zu stärken, um den Krieg zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufzunehmen – etwas, was wegen Russlands Angriffen auf die ukrainische Wirtschaft im Moment sehr schwierig ist.

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Diejenigen, die in der Ukraine und im Westen gegen einen von Russland vorgeschlagenen Waffenstillstand sind, würden natürlich argumentieren, dass es Moskau die Möglichkeit geben würde, seine eigenen Streitkräfte für einen künftigen neuen Krieg aufzurüsten. Dieses Argument würde aber an Zugkraft einbüßen, wenn Russland öffentlich erklärt, dass man seine Kriegsziele erreicht habe.

Wenn keine der beiden Seiten einen Durchbruch erzielt, besteht die Aussicht auf eine unbestimmte und blutige Pattsituation. Sie würde bestehen entlang der gegenwärtigen Kampflinien und in vielerlei Hinsicht an die Westfront im Ersten Weltkrieg erinnern. Die Frage wäre dann, wie lange es dauern wird – und wie viele Menschen sterben müssen –, bis beide Seiten erschöpft sind und beschließen, dass es keinen Sinn macht, den Kampf fortzusetzen.

Dann wäre der Boden bereitet für einen instabilen Waffenstillstand, wie er zwischen Indien und Pakistan in Kaschmir die letzten 75 Jahre fast durchgängig herrschte. Er wäre letztlich eine Version des Waffenstillstands im Donbass der Jahre 2015 bis 2022 auf erhöhtem Niveau. Ein solcher Waffenstillstand würde begleitet werden von Friedensverhandlungen, aber auch von periodischen Gewaltexplosionen und möglicherweise großen Kriegsphasen.

Sicherlich wäre ein Waffenstillstand besser als das derzeitige massive Blutvergießen in der Ukraine. Aber wenn er nicht von erfolgreichen Verhandlungen gestützt wird, die auf eine Einigung zielen bzw. versuchen, die bewaffneten Spannungen zu minimieren, dann enthält er weiter eine Reihe von negativen Elementen: das Potenzial für neue Kriege, nicht nur in der Ukraine, sondern auch zwischen Russland und anderen ehemaligen Sowjetstaaten; die Schwierigkeit, die Ukraine wieder aufzubauen, und auf dem Weg in die Europäische Union voranzukommen; die Unmöglichkeit des Westens, seine kooperativen Beziehungen zu Russland auch nur ansatzweise wiederherzustellen; und die Wahrscheinlichkeit, dass Russland, China und Iran stärker zusammenarbeiten.

Der Artikel von Anatol Lieven erscheint in Kooperation mit dem US-Magazin Responsible Statecraft und findet sich dort [im englischen Original](#). Übersetzung: David Goetzmann.

Anatol Lieven ist Senior Research Fellow für Russland und Europa am Quincy Institute for Responsible Statecraft. Zuvor war er Professor an der Georgetown University in Katar und an der Abteilung für Kriegsstudien des King's College London. Er ist Mitglied des beratenden Ausschusses der Südasienabteilung des britischen Außen- und Commonwealth-Büros. Lieven ist Autor mehrerer Bücher über Russland und seine Nachbarländer, darunter "Baltic Revolution: Estonia, Latvia, Lithuania and the Path to Independence" und "[Ukraine und Russland: A Fraternal Rivalry](#)" (Eine brüderliche Rivalität).

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4
Mit friedliebenden Grüßen aus dem aktiven Widerstand, ihr göttlicher Klaus



WELTFRIEDEN-INTENTIONSPROJEKT von Klaus Schreiner, Innsbruck

